

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

28.09.2015

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 9. Sitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Montag, 28. September 2015

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 21:10 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Herr Ibrahim Al Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr André Bleckmann
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Frau Dr. Frauke Fassbinder
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Luisa Heide
Frau Marion Heinrich
Herr Axel Hochschild
Herr Torsten Hoebel
Herr Heiko Jaap
Herr Lutz Jesse
Herr Wolfgang Jochens
Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Nikolaus Kramer
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Egbert Liskow
Frau Karola Lüptow
Herr Peter Madjarov
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt
Herr Jörg Neubert
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Frau Dr. Antje Steveling
Herr Erik von Malottki
Herr Ingo Ziola

Entschuldigt

Herr Ulf Burmeister
Herr Professor Dr. Thomas Treig

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 20.07.2015
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
6. Entscheidung über die Oberbürgermeisterwahl (Stichwahl) vom 10.05.2015
 - 6.1. Bericht des Wahlprüfungsausschusses
 - 6.2. Entscheidung über die Einsprüche gegen die Gültigkeit der Oberbürgermeisterwahl (Stichwahl) vom 10.05.2015
Gemeindewahlleiterin
 - 6.3. Entscheidung über die Wiederholung der Oberbürgermeisterwahl
Gemeindewahlleiterin
 - 6.4. Wiederholung der Oberbürgermeister-Stichwahl vom 10.05.2015
Gemeindewahlleiterin
7. Beratung der Beschlussvorlagen
 - 7.1. 5. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Präsidentin der Bürgerschaft
 - 7.2. Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft bzgl. Beschlusskontrolle
Die Linke
 - 7.3. Umbesetzungen/Neubesetzungen
 - 7.3.1. Aufsichtsrat Stadtwerke Greifswald
CDU-Fraktion
 - 7.3.2. Ausschuss f. Finanzen, Liegenschaften, Beteiligungen
CDU-Fraktion
 - 7.3.3. Ausschuss für Bildung, Universität, Wissenschaft
CDU-Fraktion
 - 7.3.4. Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur
CDU-Fraktion
 - 7.3.5. Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend
CDU-Fraktion
 - 7.3.6. OTV Schönwalde I / Südstadt
CDU-Fraktion
 - 7.3.7. OTV Schönwalde II/ Groß Schönwalde
CDU-Fraktion
 - 7.3.8. Umbesetzung OTV Riems
CDU-Fraktion
 - 7.3.9. Umbesetzung im Hauptausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Ausschuss für Sport, Jugend und Soziales, OTV Südstadt / SW I, AG KuS
Fraktion Kompetenz für Vorpommern / Piratenpartei
- 7.4. Beschluss zur Aufstellung eines Masterplanes 100% Klimaschutz für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald, gefördert durch die Klimainitiative der Bundesregierung, und zur Unterstützung der Umsetzung des Masterplanes
Dez. II, Amt 60

- 7.5. Maßnahmeplan zum Zukunftskonzept des Eigenbetriebes See- und Tauchsportzentrum (STZ)
Der Oberbürgermeister
- 7.6. Wirtschaftsplan 2015 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum
- 7.7. Jahresabschluss 2014 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Abwasserwerk Greifswald, Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
- 7.8. Bildung eines neuen Produktes „12603 Kameradschaftskasse“
Dez. I, Amt 20
- 7.9. Straßenumbenennung des Gebäudekomplexes Friedrich-Loeffler-Straße 23 (ehemals altes Klinikum, nun neuer Campus) in Ernst-Lohmeyer-Platz
Dez. I, Amt 41
- 7.10. Umsetzungsliste Sanierung nach Bewilligung der Programme 2015
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
- 7.11. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2016
Prioritätenliste
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
- 7.12. Die Anpassung des Bewertungs- und Zertifizierungssystems zum nachhaltigen Bauen an die Erfordernisse kommunaler Neubau- und Sanierungsvorhaben zugunsten der ökonomischen Optimierung
Dez. II, Amt 23
- 7.13. Überarbeitung Kriterienkatalog für den Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet
(2. Durchgang)
Dez. II, Amt 23
- 7.14. Ergänzungen zur Anwendung des Kriterienkatalogs für Ausschreibungen von Grundstücken im Sanierungsgebiet
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 7.15. Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60
- 7.16. Uferstreifen zwischen Nordmole und „Utkiek“
Dez. II, Amt 66
- 7.17. Familienfreundlichkeitsprüfungen
Bündnis 90/ Die Grünen, SPD interfraktionell angestrebt
- 7.18. Bannmeile um Asylbewerberunterkünfte+ und Erstaufnahmestellen
Herr Nikolaus Kramer (AfD)
- 7.19. Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen bei Grundstückskäufen
SPD-Fraktion
- 7.20. Einrichtung einer AG „Sportentwicklung“ zur Erstellung einer „Sportentwicklungskonzeption 2016-2026“
Fraktion Die Linke, SPD, B90/Die Grünen, interfraktionell angestrebt
- 7.21. Keine Überlassung kommunaler oder eigenbetrieblicher Flächen an Zirkusse, die Wildtiere mitführen
Bündnis 90/ Die Grünen, SPD interfraktionell angestrebt
- 7.22. Förderung der Musikfabrik zur Neubeschaffung eines Flügels
Fraktion DIE LINKE / interfraktionell angestrebt
8. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
10. Mitteilungen der Präsidentin
11. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . begrüßt die Anwesenden – darunter die Mitglieder der Bürgerschaft -, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
 - . begrüßt die nachgerückten Mitglieder der Bürgerschaft und verpflichtet sie auf eine gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten per Handschlag gemäß § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V).
 - . fragt die Mitglieder der Bürgerschaft, ob sich jemand dagegen ausspricht, dass die anwesenden Medien Film- und Tonaufnahmen aufzeichnen.
- Es gibt keine Einwände.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Frau Socher

- . ruft den TOP auf.
- . schlägt vor,
 - die Tischvorlage „Wiederholung der Oberbürgermeister-Stichwahl vom 10.05.2015“ (06/470) unter TOP 6.4 einzuordnen und lässt darüber abstimmen, ob die Tischvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 3	Enthaltungen 0
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

Es liegen noch weitere Tischvorlagen vor.

Herr Hochschild begründet die Dringlichkeit der Tischvorlage „Initiativen gegen Herabstufung des max. Tiefgangs des Ryck auf 3,00 m durch das Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund“ (06/466).

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Tischvorlage auf der Tagesordnung der Bürgerschaft unter TOP 7.0 eingeordnet werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

Herr Dr. Meyer begründet die Dringlichkeit der Tischvorlage „Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde I/ Südstadt“ (06/460).

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Tischvorlage auf der Tagesordnung der Bürgerschaft unter TOP 7.3.10 eingeordnet werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

Herr Dr. König begründet die Dringlichkeit der Tischvorlage „Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land zur Finanzierung der Theater Vorpommern GmbH für 2016 und 2017“ (06/450.1).

Herr Prof. Dr. Hardtke nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Herr Dr. Meyer

. fragt, ob man mit Sicherheit sagen könne, dass eine Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur und des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen geben werde.

Frau Socher

. erklärt, dass eine Sondersitzung der beiden Fachausschüsse zwingend notwendig sei, falls die Beschlussvorlage auf die heutige Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werde. Ihre Vorschläge seien der 06.10.2015 oder der 07.10.2015 gewesen.

. lässt darüber abstimmen, ob die Tischvorlage auf der Tagesordnung der Bürgerschaft unter TOP 7.23 eingeordnet werden soll:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 9	Enthaltungen 0
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

Frau Socher

. informiert, dass die Verwaltung mitgeteilt habe, drei Vorlagen dringend in der heutigen Sitzung der Bürgerschaft zu behandeln. Hierbei handelt es sich um:

- TOP 7.4 „Beschluss zur Aufstellung eines Masterplanes 100% Klimaschutz für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald, gefördert durch die Klimainitiative der Bundesregierung, und zur Unterstützung der Umsetzung des Masterplanes“ (06/421.1)
- TOP 7.10 „Umsetzungsliste Sanierung nach Bewilligung der Programme 2015“ (06/409)
- TOP 7.11 „Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2016 Prioritätenliste“ (06/411)

Herr Prof. Dr. Joecks nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Herr Multhauf

. bittet folgende vier Punkte auf die Tagesordnung zu setzen:

- Erklärung des Oberbürgermeister zu Problemen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Problematik Asylbewerber und Flüchtlinge in Greifswald
- Einführung durch Herrn Wille über den Quartalsbericht
- Weitere Vorgehensweise beim Neubau Stadtarchiv
- Weitere Vorgehensweise bei der Erwin-Fischer-Schule

Der erste Punkt soll in dieser Sitzung der Bürgerschaft behandelt werden. Die anderen drei Punkte können auch in der Fortsetzung der Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Frau Socher

. erklärt, dass der Oberbürgermeister unter dem TOP 5 „Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen“ zur Thematik „Flüchtlinge“ Ausführungen machen werde.

Die anderen von Herrn Multhauf angeführten Punkte werden in der Fortsetzung der Sitzung am 12.10.2015 unter Informationen der Verwaltung beantwortet.

Herr Dr. Kerath

. beantragt unter TOP 5 eine dringende mündliche Anfrage gemäß § 4 Abs. 2 Hauptsatzung zu stellen.

Herr Dr. Rose

. schlägt vor, die TOPs 7.10 und 7.11 vorzuziehen und nach TOP 7.4 zu behandeln.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	2

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 20.07.2015

Frau Socher ruft den TOP auf.

Schriftlich eingereichte Änderungen liegen nicht vor.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	3

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Frau Socher ruft den TOP auf und fragt, ob es Wortmeldungen gebe.

Herr Wieland

. spricht der CDU-Fraktion seinen Dank aus, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald durch die Einsprüche gegen die Gültigkeit der Oberbürgermeisterwahl (Stichwahl) vom 10.05.2015 in Deutschland bekannter geworden sei.

Ein weiterer Bürger

. stellt sich vor.

. fragt, ob die Unterschriftsfälschungen der BauBeCon bereits verjährt seien.

. erkundigt sich, ob die Geldveruntreuung über 400 TEUR ebenfalls verjährt sei.

Frau Schlegel

. erklärt, dass die Problematik mit den Unterschriftsfälschungen seit 2013 beendet sei.

Es habe eine Einstellung durch das Landgericht Stralsund gegeben. Man könne nicht nachweisen, dass es eine Originalurkunde gegeben habe. Dies sei jedoch eine Voraussetzung für eine Urkundenfälschung. Bezüglich des Betruges habe es Schwierigkeiten im Hinblick auf den Vorsatz gegeben. Das Gericht sei der Ansicht gewesen, dass man nicht nachweisen könne, dass Herr Winkler vorsätzlich gehandelt habe im Hinblick auf einen Schaden der Stadt. Der Architekt, der auf der Grundlage des gefälschten Dokumentes Leistungen erbracht hat, habe tatsächlich etwas erbracht und daher sei kein Schaden entstanden. Es bestand die Frage, ob man eventuell keine Fördermittel dafür bekommen könnte. Das Gericht konnte dies in dem Moment nicht feststellen und dann gelte der Grundsatz im Zweifel für den Angeklagten.

Im Hinblick auf die Forderungen der veruntreuten Mittel könne man sagen, dass ein großer Teil davon bereits verjährt sei. Im Jahr 2011/2012 sei alles aufgearbeitet worden und da sei bereits zu erkennen gewesen, dass viele Vorgänge aus den 90er Jahren stammen. Alles, was nicht älter als 10 Jahre alt war, sei eingeklagt worden.

TOP 5. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

Frau Socher ruft den TOP auf.

Der Oberbürgermeister berichtet über:

- *die Situation der Flüchtlingsunterbringung und Betreuung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. (Der Bericht wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.)*
- *den Besuch des Bürgermeisters aus Wackerow, Manfred Hering.*
Die Gemeindevertreter Wackerows hätten am 23.09.2015 einstimmig

beschlossen, die Fusionsverhandlungen mit der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wieder aufzunehmen. Die Bindefrist des Bürgerentscheides in Wackerow 2013 ist nach zwei Jahren abgelaufen. Es handle sich hierbei jedoch nicht um das Amt Landhagen, sondern lediglich um Wackerow.

- *die Zufahrtstiefe des Rycks.*

Das Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund habe mitgeteilt, dass nicht mehr die Wassertiefe ausschlaggebend für die Befahrbarkeit sei, sondern die Tiefe der Schiffe. Schiffe, die einen größeren Tiefgang als 3 m haben, dürfen nicht mehr in den Ryck hineinfahren. Vorher seien Wasserstände vorgegeben worden, die das Hineinfahren beschränkten. Von dieser neuen Regelung sei nun auch das Segelschulschiff „Greif“ betroffen. Die „Greif“ habe eine Wassertiefe von 3,60 m. Daher habe man sie kurzfristig in den Hafen Ladebow verlegen müssen. Die Törnplanung für 2015 sei davon nicht beeinträchtigt. Der Oberbürgermeister sei im Benehmen mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund und der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, um zu sehen, ob man an der Situation etwas ändern könne. Das Datenmaterial vom Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund aufgrund von punktuellen Messungen solle überprüft werden, indem eigene Messungen vorgenommen werden sollen. Der Oberbürgermeister habe ein professionelles Unternehmen beauftragt, Messungen vorzunehmen. Es handle sich hierbei um einen Kostenumfang von ca. 1,8 TEUR. Falls man eine Ausbaggerung vornehmen müsse, könnte man die Kosten aufgrund der eigenen Messungen berechnen. Das Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund habe zugesichert, sich die Messungen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald anzusehen und zu begleiten.

- *die Übernahme von Gesellschafteranteilen der Universitätsmedizin am BioTechnikum Greifswald durch die Ernst-Moritz-Arndt-Universität.*

Die Universitätsmedizin sei selbst Mitgesellschafter beim BioTechnikum Greifswald. Dieses solle mit dem Technologiezentrum Vorpommern verschmelzen. Da wäre eine einfache Gesellschafterstruktur von Vorteil. Die Universitätsmedizin habe den Wunsch geäußert, ihre Anteile von 1,8 % durch die Ernst-Moritz-Arndt-Universität zu halten. Dies mache einen Wert von 520 EUR aus. Die Stadtverwaltung habe dem zugestimmt.

Herr Dr. Rose bedankt sich

. bei Herrn Dr. König und den zuständigen Mitarbeitern, die an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligt seien und versuchen, alles möglich zu machen, damit die Flüchtlinge würdig untergebracht werden können.

. dass die Stadt dazu beigetragen habe, ein Willkommenszentrum für die Flüchtlinge einrichten zu können.

Herr von Malotki

. schließt sich dem Dank von Herrn Dr. Rose an.

. fragt, ob eine Notunterkunft in der Mehrzweckhalle (MZH) eingerichtet bzw. vorgesehen sei.

. fragt, wo weitere Flüchtlinge untergebracht werden könnten.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass die Notunterkunft in der Feldstraße vorgesehen sei. Derzeit versuche man, mit anderen Anbietern zu kommunizieren, um nicht zu viele Sporthallen zu belegen.

. geht davon aus, dass die MZH nicht benötigt werde. Er könne jedoch nichts ausschließen.

Herr Multhauf

. fragt, warum in der Feldstraße noch niemand untergebracht worden sei.

Herr Dr. König

. erklärt, dass es sich hierbei um eine Notunterkunft handle. Das bedeutet, dass jede Stunde ein Anruf kommen könne, dass Personen nach Greifswald unterwegs seien. Aufgrund der Kurzfristigkeit bestand keine Möglichkeit die Bürger/innen vorher in Kenntnis zu setzen. Die einzige Möglichkeit für eine zeitnahe Information sei daher eine Mitteilung durch die Presse gewesen. Bei längeren Vorlaufzeiten würden die Bürger/innen rechtzeitig informiert werden.

Herr Krüger

. fragt, ob es strategische Planungen von der Verwaltung gebe, die sich auf die Verteilung der Kinder der Flüchtlingsfamilien auf die Schulen beziehe.

Herr Dr. König

. antwortet, dass die Platzkapazitäten begrenzt seien. Es handle sich hierbei nicht um ein finanzielles Problem, sondern die Schule und Kindertagesstätten seien jetzt schon gut belegt. Die Möglichkeiten, die die Stadt habe, werde man nutzen.

Herr Dr. Kerath

. erklärt, dass am 26.09.2015 in der Ostsee-Zeitung gestanden habe, dass ab dem 01.10.2015 die Brückenöffnungszeiten verändert werden sollen.

. fragt, ob es richtig sei,

- dass die Behelfsbrücke ab dem 01.10.2015 nur noch alle zwei Stunden geöffnet werden soll.
- dass ein Antrag der Rederei auf kürzere Öffnungszeiten abschlägig beschieden worden sei. Wenn dem so ist, warum sei dem Antrag nicht entsprochen worden?

. möchte wissen, warum die Rederei erst so kurzfristig darüber in Kenntnis gesetzt worden sei (25.09.2015).

Herr Lubs

. erklärt, dass dem Antrag nicht früher entsprochen werden konnte, da er erst am 24.09.2015 eingegangen sei. In den vergangenen Jahren seien der Rederei Sonderbrückenzüge gewährt worden. In diesem Jahr musste dies abgelehnt werden, da der Brückenneubau Vorrang habe. Wenn jede halbe Stunde die Bauarbeiten an der Brücke unterbrochen werden müssen, dann sei der 28.11.2015 als Fertigstellungstermin in Frage gestellt.

TOP 6. Entscheidung über die Oberbürgermeisterwahl (Stichwahl) vom 10.05.2015**TOP 6.1. Bericht des Wahlprüfungsausschusses**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Professor Dr. Joecks berichtet über die Ergebnisse des Wahlprüfungsausschusses und stellt sein Gutachten zum Wahlprüfungsverfahren vor.

Herr Dr. Ott stellt sein Gutachten zum Wahlprüfungsverfahren vor.

Herr Hochschild

. unterstreicht das Gesagte von Herrn Dr. Ott.

. plädiert dafür, den beiden voneinander unabhängigen Gutachten von Herrn Professor Dr. Lang und Herrn Professor Dr. Morlock zu folgen.

. weist darauf hin, dass auch eine politische Entscheidung rechtlichen Bestand haben müsse.

Herr Dr. Kasbohm

. fasst zusammen, dass es sich hierbei um einen Wahlfehler handele, was offensichtlich drei Personen bestätigen könnten. Zusätzlich sei die Mindestanzahl des Wahlvorstandes

nicht immer eingehalten worden und auch die Protokollführung habe man beanstandet.
. sieht das Hauptproblem darin, dass zu wenig Einwohner sich bereit erklären, an solchen Wahlveranstaltungen mitzuwirken.
. merkt an, dass nicht bekannt sei, wie lange die Tür tatsächlich verschlossen gewesen sei. Daher könne man keine genaue Zeit angeben. Es habe sich keine Person gemeldet, die nachweislich an der Wahl gehindert worden sei.
. sagt, dass sieben juristische Stellungnahmen existieren und geht darauf ein. Das Nichtwählermodell sei in keinster Weise bedacht worden.

Herr Krüger

. stellt klar, dass das Gutachten von Herrn Professor Dr. Lang nicht durch den Wahlprüfungsausschuss, sondern durch die Gespräche von Herrn Dr. Ott und Herrn Amthor beauftragt worden sei.
. macht klar, dass es sich hierbei um keine gerichtliche Entscheidung handele, sondern die ehrenamtlichen Mitglieder der Bürgerschaft diese Entscheidung neben den juristischen Gesichtspunkten treffen.
. erklärt, dass das Gutachten von Herrn Professor Dr. Morlock juristisch detailliert sei, jedoch nur auf Berichten von Dritten basiere. Da er das Gutachten in Düsseldorf verfasst habe, konnte er weder an den Beratungen des Wahlprüfungsausschusses teilnehmen, noch habe er sich die Protokolle schicken lassen oder Mitschnitte angehört und natürlich habe auch keine Vorortbegehung durchgeführt. Daher komme er wahrscheinlich auf die Schlussfolgerungen wie im Gutachten angegeben.
. geht auf die Wahlbeteiligung ein. Im Gutachten werde von einer Wahlbeteiligung von 100 % ausgegangen. Wenn man jedoch die Wahlbeteiligung der beiden Wahldurchgänge betrachte, stellt man eine deutlich geringere Wahlbeteiligung fest. Daher ist davon auszugehen, dass es sich bei den verhinderten Wählern nicht um 1 % handele.
. gibt zu bedenken, dass sich niemand gemeldet habe – auch nach der Wahl nicht – der nicht wählen gehen konnte.
. spricht sich im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen eine Neuwahl aus.

Herr Dr. Rose

. nennt vier Erwartungen an den neuen Oberbürgermeister:

1. eine sachgebundene und der Stadt dienende Personalentwicklung
Die Anforderungen an die Stadtverwaltung werden immer höher und komplexer.
2. ein fairer Umgang mit der Bürgerschaft auf Augenhöhe
Aussagen und Unterstellungen, die erst durch Gerichtssprüche unterbunden werden müssen, stehen einer symmetrischen Kommunikation im Wege.
3. inhaltliche und sachliche Entscheidungen auf dem Boden des grünen Grundkonsens
4. eine profilierte Politik

. plädiert dafür die Einwände zurückzuweisen und die Wahl für gültig zu erklären.

Herr Dr. Kerath

. kritisiert die Gutachten von Herrn Professor Dr. Morlock, Herrn Professor Dr. Lang und Herrn Dr. Ott.
. bezieht sich auf andere positive Urteile bezüglich Wahlen aus ganz Deutschland.
. betont erneut, dass sich niemand gemeldet habe, der an der Wahl gehindert worden sei.

Herr Dr. Steffens

. weist darauf hin, dass Herr Prof. Dr. Morlock von höchstens 90 Minuten gesprochen habe.
. zitiert § 40 Abs. 2 Landes- und Kommunalwahlgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LKWG M-V).
. geht auf das Gutachten von Herrn Professor Dr. Joecks ein, der sich auf Urteil des

Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster bezieht. Das oberste Verwaltungsgericht in Nordrhein-Westfalen beziehe sich aber auf das nordrhein-westfälische Kommunalwahlrecht, welches sich von dem LKWG M-V unterscheide.

Herr Spring

- . befürwortet das Zustandekommen des Wahlprüfungsausschusses.
- . erklärt, dass er für sich entschieden habe, den Wahlfehler als nicht entscheidend anzusehen.

Herr Rodatos

- . geht auf mehrere Punkte des Redebeitrages von Herrn Dr. Ott ein:
 - juristische oder politische Entscheidung
Es sei eine politische Entscheidung, da es sich bei der Bürgerschaft um ein politisches Gremium handele.
 - Warum hat der Gesetzgeber dieses Verfahren der Wahlprüfung so kompliziert gestaltet?
Weil es für eine Demokratie sehr schädlich sei, wenn es durch relativ geringe Hürden zu einer Wahlwiederholung komme.
 - Es gab zu dieser Thematik „Kursschwankungen“ des Bundesverfassungsgerichtes in den letzten Jahren
Das zeigt, dass das Gesetz kein feststehender Begriff, sondern abhängig von der Zeit und den Umständen der Auslegung sei. Es handelt sich hierbei nicht um Rechtsbeugung, sondern um die Bewertung bestimmter rechtlicher Maßstäbe nach den besten Einschätzungen.
 - Bürgerwille wird durch politisches Kalkül ersetzt
Herr Dr. Fassbinder wurde mit 15 Stimmen mehr gewählt. Der Bürgerwille sei bereits abgefragt worden.
 - Lokale Medien wurden als Handlanger eines politischen Lagers bezeichnet.
Herr Rodatos weist diese Aussage deutlich zurück.
- . hofft zukünftig wieder auf eine bessere Zusammenarbeit im bürgerschaftlichen Gremium.

Herr Hoebel

- . erinnert die Mitglieder der Bürgerschaft an die Sitzung, in der Herr Kohnert zum besagten Wahltag befragt wurde und wie man mit ihm umgegangen sei.
- . erklärt, dass es daher für ihn verständlich sei, dass sich danach keine weiteren Personen mehr gemeldet hätten.

Herr Dr. Ott

- . stellt klar, dass er die ganze Zeit nach besten Wissen und Gewissen gehandelt habe und weist damit die Kritik von Herrn Dr. Kerath von sich.

Herr Hochschild

- . beantragt im Namen der CDU-Fraktion eine namentliche Abstimmung für die folgenden TOPs bezüglich der Entscheidung über die Oberbürgermeisterwahl (Stichwahl) vom 10.05.2015.

TOP 6.2. Entscheidung über die Einsprüche gegen die Gültigkeit der Oberbürgermeisterwahl (Stichwahl) vom 10.05.2015

06/446
B209-09/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Die Gemeindegewahlleiterin bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Meyer

- . beantragt eine Einzelabstimmung der Punkte in dieser Beschlussvorlage.

Herr Hochschild

. erklärt, dass für Punkt 1 keine namentliche Abstimmung benötigt werde.

Herr Madjarov

. sagt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Beschlussvorlage sei.

Herr Dr. Ott

. kritisiert, dass immer wieder die Gutachten falsch zitiert werden oder Passagen völlig aus dem Zusammenhang gerissen werden.

Frau Socher lässt über Punkt 1 der Beschlussvorlage abstimmen:

1. Einspruch des Herrn Jan-Erik Hansen vom 1. Juli 2015

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald weist den Einspruch des Herrn Jan-Erik Hansen zurück.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	einstimmig	0	0

Frau Socher lässt über Punkt 2 der Beschlussvorlage namentlich abstimmen:

2. Einsprüche der Herren Normen Kohnert vom 19.05.2015, Jörg Hochheim vom 26.05.2015 und Jörg Sievers vom 26.05.2015

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald weist die Einsprüche der Einspruchsführer Normen Kohnert, Jörg Hochheim und Jörg Sievers gegen die Gültigkeit der Oberbürgermeisterwahl, hier Stichwahl vom 10.05.2015, zurück.

Mitglied der Bürgerschaft	Abstimmung
Herr Ibrahim Al Najjar	Ja
Frau Ulrike Berger	Ja
Herr Dr. Ullrich Bittner	Ja
Herr André Bleckmann	Ja
Herr Ulf Burmeister	entschuldigt
Frau Rita Duschek	Ja
Herr Rudi Duschek	Ja
Frau Dr. Frauke Fassbinder	Ja
Frau Yvonne Görs	Ja
Herr Professor Dr. Frank Hardtke	Nein
Frau Luisa Heide	Ja
Frau Marion Heinrich	Ja
Herr Axel Hochschild	Nein
Herr Torsten Hoebel	Nein
Herr Heiko Jaap	Nein
Herr Lutz Jesse	Nein
Herr Wolfgang Jochens	Nein
Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks	Ja
Herr Dr. Jörn Kasbohm	Ja
Herr Dr. Andreas Kerath	Ja
Herr Nikolaus Kramer	Nein
Herr Alexander Krüger	Ja
Herr Christian Kruse	Nein
Herr Thomas Lange	Ja
Herr Jürgen Liedtke	Nein
Herr Egbert Liskow	Nein

Frau Karola Lüptow	Nein
Herr Peter Madjarov	Ja
Herr Dr. Thomas Meyer	Nein
Herr Peter Multhauf	Ja
Herr Thomas Mundt	Nein
Herr Jörg Neubert	Ja
Herr Dr. Sascha Ott	Nein
Herr Milos Rodatos	Ja
Herr Dr. Ulrich Rose	Ja
Frau Dr. Mignon Schwenke	Ja
Frau Birgit Socher	Ja
Herr Ludwig Spring	Ja
Herr Dr. Rainer Steffens	Nein
Frau Dr. Antje Steveling	Nein
Herr Prof. Dr. Treig	entschuldigt
Herr Erik von Malottki	Ja
Herr Ingo Ziola	Nein

Mit 24 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen hat die Bürgerschaft sich dafür entschieden, die Einsprüche zurückzuweisen.

Frau Socher gratuliert Herrn Dr. Stefan Fassbinder zu seinem neuen Amt als Oberbürgermeister.

Herr Dr. Fassbinder

- . bedankt sich herzlich bei Herrn Dr. König, dass dieser die Amtsgeschäfte so lange fortgeführt hat.
- . hält es für wichtig, dass die Stadtverwaltung, die Bürgerschaft und die Politik wieder zusammen arbeiten.
- . appelliert an alle Beteiligten, das Ergebnis zu respektieren.

TOP 6.3. Entscheidung über die Wiederholung der Oberbürgermeisterwahl

06/447 Die Beschlussvorlage entfällt aufgrund der vorhergehenden Entscheidung in TOP 6.2.

TOP 6.4. Wiederholung der Oberbürgermeister-Stichwahl vom 10.05.2015

06/470 Die Beschlussvorlage entfällt aufgrund der vorhergehenden Entscheidung in TOP 6.2.

PAUSE

20:32 Uhr bis 20:45 Uhr

TOP 7. Beratung der Beschlussvorlagen

TOP 7.0. Initiativen gegen Herabstufung des max. Tiefgangs des Ryck auf 3,00 m durch das Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund

06/466.1
B210-09/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Kruse

.erklärt, dass man neben dem Segelschulschiff „Greif“ und der HanseYachts AG, die Sperrwerkstiefe erwähnen sollte. Die Sohle des Sperrwerkes müsse höher liegen, als der Durchschnitt des Rycks. Durch Sedimentablagerungen würde die Funktion des Sperrwerkes in Mitleidenschaft gezogen werden. Als Vorhabensträger des Sperrwerkes müsse sich dann das Land mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt auseinander setzen. Die Wassertiefe werde schon aufgrund des Sperrwerkes benötigt.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten zu nutzen, damit die durch das Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund erfolgte Herabsetzung des maximalen Tiefgangs des Ryck auf nur noch 3,00 m zurückgenommen wird.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.1. 5. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/416 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B211-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt die anliegende 5. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.2. Änderung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft bzgl. Beschlusskontrolle

06/420 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B212-09/15 Herr Dr. Kasbohm bringt die Beschlussvorlage ein.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft ändert ihre Geschäftsordnung. Der Text im bisherigen Punkt §7 Satz 7 „Beschlusskontrolle (nur für Fachausschüsse und Ortsteilvertretungen)“ wird geändert in:

„Beschlusskontrolle (auch für alle Ausschüsse und Ortsteilvertretungen)“.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	3

TOP 7.3. Umbesetzungen/Neubesetzungen

TOP 7.3.1. Aufsichtsrat Stadtwerke Greifswald

06/435 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B213-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Mitglied im Aufsichtsrat wird Christian Kruse.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.3.2. Ausschuss f. Finanzen, Liegenschaften, Beteiligungen

06/436 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B214-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Im Ausschuss f. Finanzen, Liegenschaften, Beteiligungen wird Franz-Robert Liskow abberufen. Neues Mitglied wird Dr. Rainer Steffens.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.3.3. Ausschuss für Bildung, Universität, Wissenschaft

06/437 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B215-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Im Ausschuss für Bildung, Universität, Wissenschaft wird Sven Bausemer abberufen. Neues Mitglied wird Lutz Jesse.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.3.4. Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur

06/438 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B216-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur werden Lutz Jesse und Dr. Rainer Steffens in der Funktion als Mitglied abberufen. Neue Mitglieder werden Sven Bausemer und Gudrun Hohberger. Neues Stellvertretendes Mitglied wird Dr. Rainer Steffens.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.3.5. Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend

06/439 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B217-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend wird Mechthild Thonack abberufen. Neues Mitglied wird Karola Lüptow.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.3.6. OTV Schönwalde I / Südstadt

06/440 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
 B218-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

In der OTV Schönwalde I/Südstadt wird neues Mitglied Florian Meier.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.3.7. OTV Schönwalde II/ Groß Schönwalde

06/441 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B219-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Mitglied in der Ortsteilvertretung OTV Schönwalde II/ Groß Schönwalde wird Lutz Jesse.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.3.8. Umbesetzung OTV Riems

06/442 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B220-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Stellv. Mitglied in der Ortsteilvertretung Riems wird Lutz Jesse.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.3.9. Umbesetzung im Hauptausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend, OTV SW I / Südstadt, AG KuS

06/443 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B221-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Frau Petra Dörwald wird als Mitglied bzw. Vertreterin aus folgenden Gremien abberufen und für sie Herr Jörg Neubert als Mitglied bzw. Vertreter berufen:

- *Rechnungsprüfungsausschuss (Mitglied)*
- *Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend (Mitglied)*
- *OTV Schönwalde I / Südstadt (Mitglied)*
- *AG KuS (Mitglied)*
- *Hauptausschuss (Vertreter)*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.3.10. Besetzung der Ortsteilvertretung Schönwalde I/ Südstadt

06/460 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B222-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft wählt Gregor Alexander, für die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in die Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.4. Beschluss zur Aufstellung eines Masterplanes 100% Klimaschutz für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald, gefördert durch die Klimainitiative der Bundesregierung, und zur Unterstützung der Umsetzung des Masterplanes

06/421.1
B223-09/15

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Diskussion:

Herr Liedtke

- . erklärt, dass die CDU-Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.
- . zählt einige klimaschützende Maßnahmen in Greifswald auf:
 - seit Mai 2007: 10-Punkte-Programm zum Kommunalen Klimaschutz
 - seit 14. März 2010: Bürgergutachten zum Klimaschutz
 - seit 27. September 2010: integriertes Klimaschutzprogramm für Greifswald
 - Energiesparratgeber
 - im Bereich der Stadtwerke regenerative Windenergie
 - Wohnungsgesellschaften rüsten die Neubauten nach den entsprechenden Regeln aus
 - Gutachten kommunaler Klima-Energie-Politik

Weitere Vorschläge sollen umgesetzt werden, wie beispielsweise „Greifswald – unsere leise Stadt“ oder auch das Abwasserwerk soll nach entsprechenden Prinzipien handeln.

. hätte sich gewünscht, dass die Vorlage im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen behandelt wird.

. geht davon aus, dass durch die vielen genannten, klimaschützenden Maßnahmen keine Aufstellung eines Masterplanes gebraucht werde.

Herr Dr. Kasbohm

. wirbt dafür, die Beschlussvorlage zu unterstützen. Ziel der Vorlage sei, langfristige Maßnahmen zu entwickeln. Man habe die Chance Ökonomie und Ökologie zu verbinden. Man könne mehr Arbeitsplätze generieren, Kaufkraft in der Region behalten und die Stadt und das Umland neu prägen.

Herr Dr. Bittner

- . sagt, dass bezüglich des Klimaschutzes noch lange nicht genug getan worden sei.
- . empfiehlt, der Beschlussvorlage zu zustimmen.
- . geht auf das 10-Punkte-Programm ein.
- . erklärt, dass die Bürgerschaft zusammen mit der Verwaltung mehr für den Klimaschutz tun müsse.

Frau Görs

. fragt nach den finanziellen Auswirkungen.

Herr Wille

. erklärt, dass diese Beschlussvorlage die Verwaltung vor eine besondere Schwierigkeit gestellt habe. Derzeit habe man einen Doppelhaushalt und daher seien im nächsten Jahr die Budgets schon festgelegt. Das Fachamt habe den erforderlichen Eigenanteil aus eigenen zur Verfügung stehenden Mitteln bezahlen müssen. Die Konsequenz sei dann, dass ab 2017 eigene Budgetmittel zur Verfügung gestellt werden müssten.

Insgesamt betragen die Kosten fast eine halbe Million EUR. Bei einer 80-prozentigen Förderquote würden 400.000 EUR gefördert und 100.000 EUR müssten aus dem Haushalt der Stadt finanziert werden.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald unterstützt die Erarbeitung eines „Masterplans 100% Klimaschutz“, der aufzeigen soll, wie bis zum Jahr 2050 der Energiebedarf der Stadt um 50% und die CO2-Emissionen um 80% gegenüber dem Jahr 2005 gesenkt werden können. Die Bürgerschaft unterstützt nach der Aufstellung des Masterplanes langfristig, im Rahmen der wirtschaftlichen und gesetzlichen Gegebenheiten, die Umsetzung des Masterplanprogrammes.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	10	1

TOP 7.10. Umsetzungsliste Sanierung nach Bewilligung der Programme 2015

06/409 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B224-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt die Umsetzungslisten gemäß Anlagen für die 2015 bewilligten Sanierungsförderprogramme.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 7.11. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2016 Prioritätenliste

06/411 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
B225-09/15 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Prioritätenlisten gemäß Anlagen zur Mittelbeantragung für die Sanierungsförderprogramme 2016.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Schluss der Sitzung

Frau Socher beendet die Sitzung und verweist auf die Fortsetzung der Sitzung der Bürgerschaft am 12.10.2015.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Anlagen:

- Situation der Flüchtlingsunterbringung und Betreuung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Fortsetzung der Sitzung der Bürgerschaft vom 28.09.2015

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

12.10.2015

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 9. Sitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Montag, 12. Oktober 2015

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 20:40 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Herr Ibrahim Al Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr André Bleckmann
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Frau Dr. Frauke Fassbinder
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Luisa Heide
Frau Marion Heinrich
Herr Axel Hochschild
Herr Torsten Hoebel
Herr Heiko Jaap
Herr Lutz Jesse
Herr Wolfgang Jochens
Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Nikolaus Kramer
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Egbert Liskow
Frau Karola Lüptow
Herr Peter Madjarov
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt
Herr Jörg Neubert
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Frau Dr. Antje Steveling
Herr Prof. Dr. Thomas Treig
Herr Erik von Malottki
Herr Ingo Ziola

Entschuldigt

Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr Ulf Burmeister
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Dr. Sascha Ott

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. begrüßt die Anwesenden – darunter die Mitglieder der Bürgerschaft.
. würdigt das verdienstvolle Wirken des scheidenden Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Arthur König.
(Die Rede wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.)

Herr Dr. König

. ist dankbar für die 14 Jahre als Oberbürgermeister und für die Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft, in der man so manche Projekte auf den Weg bringen konnte.
. lädt die Mitglieder der Bürgerschaft zur feierlichen Amtsübergabe am 12.11.2015 ein. Die offiziellen Einladungen werden noch versandt.
. ist noch drei Wochen Oberbürgermeister. Herr Dr. Fassbinder wird mit Wirkung des 01.11.2015 das Amt des Oberbürgermeisters übernehmen.
. erklärt, dass eine kleine Delegation der Stadtverwaltung, von der Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und der Abfallwirtschaft auf der Insel Samos (Griechenland) gewesen seien. Die Bundesregierung habe gebeten, Erfahrungen auszutauschen. Der griechische Bürgermeister habe Herrn Dr. König gebeten, die Insel Samos für die Europäische Kulturhauptstadt 2021 ideell zu unterstützen. In einem Heft werden dafür Unterschriften gesammelt und wer möchte, könne sich dort eintragen.

Herr Bleckmann nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.

Frau Socher

. hat einen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhalten und bittet, die Dringlichkeit zu begründen.

Frau Berger

. begründet die Dringlichkeit der Tischvorlage „Bürgerentscheid zur Zukunft des Theaters Vorpommern“ (06/490).

Frau Schlegel

. bewertet den Antrag rechtlich. Es gebe bereits eine Frage an die Rechtsaufsichtsbehörde (Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern). In der Antwort sei deutlich geworden, dass man zum einen eine richtige Entscheidung benötige. Zum anderen könne man einen Bürgerentscheid nach § 20 Abs. 2 Ziffer 5 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht durchführen, wenn es sich um eine interkommunale Zusammenarbeit handele. Diese Entscheidungen soll die Bürgerschaft treffen. Die Formulierungen in der Beschlussvorlage seien nicht haltbar und müssten umformuliert werden. Das Votum der Bürger werde nicht für die Bürgerschaft eingeholt, sondern anstelle der Entscheidung der Bürgerschaft. Außerdem müsse das Benehmen mit der Rechtsaufsicht hergestellt werden. Zusätzlich sieht die Beschlussvorlage keinen Kostendeckungsvorschlag vor, was ein großes Problem darstelle.

Herr Dr. Steffens

. spricht sich gegen die Aufnahme der Tischvorlage auf die Tagesordnung aus.
. sieht keine Dringlichkeit. Es handelt sich hierbei nicht um die Entscheidung, ob das Theater fusionieren solle, sondern diese Entscheidung werde erst mit der Zielvereinbarung vorbereitet. Man solle nicht ausblenden, dass es eine Alternative geben könne und dass das Theater auch ohne die Hilfe des Landes das nächste Jahr überleben könne.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob der Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Bürgerschaft unter TOP 7.23.1 eingeordnet wird:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	17	17	5

Gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird die Zustimmung der Mehrheit aller Mitglieder der Bürgerschaft benötigt, um die Tagesordnung um dringende Angelegenheiten zu erweitern. Die Mehrheit aller Mitglieder (22 Stimmen) wurde nicht erreicht und daher wurde die Tischvorlage nicht auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 7.5. Maßnahmeplan zum Zukunftskonzept des Eigenbetriebes See- und Tauchsportzentrum (STZ)

06/423.1

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
Herr Dr. König bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

Herr Kruse

- . erklärt, dass das Strategiepapier Maßstab für das Behalten des Segelschulschiffes „Greif“ sein sollte. Die Betroffenen müssen wissen, dass es nicht ohne Veränderungen weitergehen könne.
- . befürwortet den Liegeplatz in der Hansestadt Rostock.
- . plädiert dafür, dieser und der folgenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Lange

- . sagt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage ebenfalls zustimmen werde.
- . spricht dem Förderverein seinen Respekt aus, ohne den der Betrieb der „Greif“ nicht in dieser Form möglich gewesen wäre.
- . hofft, dass das Schiff in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald eine Zukunft haben werde. Ein jährlicher Zuschuss sei nicht ausreichend für die Unterhaltung der „Greif“, sondern es würden auch Kosten auf die Stadt zukommen. Man müsse frühzeitig darüber nachdenken, in welcher Höhe die aufzubringenden Kosten seien und woher man das Geld nehme.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den anliegenden Maßnahmeplan als Grundlage der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebes See- und Tauchsportzentrum (STZ).

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	3

TOP 7.6. Wirtschaftsplan 2015 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/408

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Frau Teetz

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . teilt eine Änderung in der Stellenübersicht in der Anlage mit. Außerdem gebe es in der Zusammenstellung eine Korrektur.
- Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2015 des See- und Tauchsportzentrums nach Eigenbetriebsverordnung M-V, bestehend aus:

- Vorbericht mit Preisübersicht
- Zusammenstellung
- Erfolgsplan
- Finanzplan
- Investitionsübersicht
- Stellenübersicht.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	3

TOP 7.7. Jahresabschluss 2014 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/391

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Diskussion:

Herr Liedtke

. erklärt, dass der Werksausschuss des Abwasserwerkes einstimmig den Jahresabschluss 2014 bestätigt habe. Es gebe eine weitere Verbesserung der Regen- und Abwasserentsorgung und auch die ordnungsgemäße Abführung an den Haushalt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald von 408 TEUR sei dort abgestimmt worden.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. *Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Hansestadt Greifswald (gegr. zum 01.04.1993, HRA 1226) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit*

einer Bilanzsumme von	52.099.400,56 €
davon einem Eigenkapital von	11.612.976,79 €
und einem Jahresüberschuss von	1.283.404,79 €

festgestellt.

Aus dem Jahresüberschuss des Berichtsjahres in Höhe von 1.283.404,79 € und dem Gewinnvortrag in Höhe von 28.651,81 € werden 408.379,21 € an den Haushalt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald abgeführt.

*Der zweckgebundenen Rücklage werden 850.000 € zugeführt.
Der Restbetrag in Höhe von 53.677,39 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
Der Lagebericht 2014 wird genehmigt.
Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.*

2. *Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der KPMG AG Hamburg mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2015 des Abwasserwerkes durch den Landes-rechnungshof von Mecklenburg-Vorpommern zur Kenntnis.*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

TOP 7.8. Bildung eines neuen Produktes „12603 Kameradschaftskasse“

06/395 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bildung eines neuen Produktes „12603 Kameradschaftskasse“ der Freiwilligen Feuerwehr (FFW) wird beschlossen.

Gemäß § 13 GemHVO erfolgt für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 die Festlegung, dass die Erträge aus 41448000 - Zuschüsse für laufende Zwecke

46290000 - Sonstige Erträge (u. a. aus Mitgliedsbeiträgen)

zweckgebunden zur Deckung der Aufwendungen auf dem Konto 52490000 - Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen und Verbrauchsmittel zu verwenden sind.

Die Entscheidung über die Verwendung der finanziellen Mittel aus der Kameradschaftskasse obliegt der Freiwilligen Feuerwehr.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Herr Kramer war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 7.9. Straßenumbenennung des Gebäudekomplexes Friedrich-Loeffler-Straße 23 (ehemals altes Klinikum, nun neuer Campus) in Ernst-Lohmeyer-Platz

06/384

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Diskussion:

Frau Heinrich

. fragt, warum die Stadt in dieses Verfahren mit einbezogen sei, da es sich hierbei um das Gelände der Ernst-Moritz-Arndt-Universität handle.

. sagt, dass Recherchen ergeben hätten, dass Herr Lohmeyer kein Nationalsozialist gewesen sei. Er habe sich während des Dritten Reiches gegen Antisemitismus eingesetzt. Außerdem sei er an der Kampflosen Übergabe der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beteiligt gewesen.

. bittet, dass die Namen, die noch für Straßen-/Plätzebezeichnungen zu vergeben seien, rechtzeitig zur Diskussion gestellt werden.

Herr Kaiser

. antwortet, dass sich auf dem Gelände verschiedene Gebäude befänden, die verschiedene Hausnummern hätten. Für den Rettungsdienst sei nicht erkennbar, ob sich das Gebäude auf dem Gelände befinde oder nicht. Die Stadt sei zuständig, damit das Auffinden des Gebäudes für den Rettungsdienst ermöglicht werde.

Herr Multhauf

. fragt, wie der Platz vorher geheißen habe, da es sich hierbei um eine „Umbenennung“ handle.

. zitiert aus der Sachdarstellung der Beschlussvorlage „Straßennamen werden so vergeben, dass sie bestimmten Stadtteilen zuzuordnen sind, um eine möglichst schnelle Auffindung, insbesondere im Falle der Gefahrenabwehr, zu gewährleisten.“ und bittet, diese Festlegung konsequent durchzuführen.

Herr Kaiser

. sagt, dass das Gelände vorher „Friedrich-Loeffler-Straße 23“ geheißen habe.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Umbenennung des Platzes auf dem Geländekomplex des alten Klinikums Friedrich-Loeffler-Straße 23 in Ernst-Lohmeyer-Platz.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	2

TOP 7.12. Die Anpassung des Bewertungs- und Zertifizierungssystems zum nachhaltigen Bauen an die Erfordernisse kommunaler Neubau- und Sanierungsvorhaben zugunsten der ökonomischen Optimierung
06/400

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Den Verantwortlichen für Bauprojekte der UHGW steht die Wahl des Bewertungs- und Zertifizierungssystems zum nachhaltigen Bauen frei, sofern die wirtschaftlich günstigste Variante zur Realisierung des geforderten Standards (Gütesiegel Silber) Anwendung findet.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	9

TOP 7.13. Überarbeitung Kriterienkatalog für den Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet
06/399 (2. Durchgang)

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Diskussion:

Herr Mundt

. erklärt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen über drei Punkte abgestimmt habe:

1. Unter Ziffer VI. Soziale Kriterien:
Die sozialen Kriterien sollen verdoppelt werden, um ihnen mehr Gewicht zu geben.
2. Unter Ziffer II 1. Eigennutzung durch den Bauherren:
Zusatz: Punkte für Eigennutzung können für den Hauptbewerber nur für eine Bewerbung vergeben werden.
3. Bei gleicher Punktvergabe entscheidet die Bürgerschaft und nicht das Losverfahren.

Herr Kremer

. sagt, dass die Verwaltung mit den Punkten 1 und 2 mitgehen könne. Punkt 3 halte er für schwierig. Erstens entscheide immer der Hauptausschuss zuerst und zweitens müsste der Hauptausschuss die Kriterien festlegen, wonach er entscheidet.

Herr von Malotki

. ist gegen den Kriterienkatalog.
. plädiert dafür, die Mietentwicklung in den Gebäuden zu begrenzen, sodass es nicht zu hohen Mietsteigerungen komme.

Herr Hochschild

. schlägt vor, den Punkt 3 so zu verändern, dass bei gleicher Punktvergabe nicht die Bürgerschaft, sondern der Hauptausschuss entscheide.

Herr Dr. Meyer

. weist daraufhin, dass die Entscheidung über das Gremium von der Wertgrenze abhängig sei. Unter Umständen könne es sein, dass sich nur der Hauptausschuss mit der Entscheidung befassen müsse.

. schlägt vor, kein Losverfahren zu wählen, sondern die Entscheidung im zuständigen Gremium zu treffen.

Frau Socher

- . befürwortet den Vorschlag von Herrn Dr. Meyer.
- . lässt über den geänderten Punkt 3 abstimmen:

„Bei gleicher Punktzahl entscheidet je nach Wertgrenze der Hauptausschuss oder die Bürgerschaft über die Vergabe.“

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	5	7

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt

1. *die Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses B 464-25/12 vom 26.03.2012, der den bisherigen Kriterienkatalog für den Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet beinhaltete.*
2. *die Neufassung des Kriterienkataloges zum Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet gemäß beigefügter Anlage. Dieser soll nur für die in der Begründung unter Punkt 2 und 3 genannten Grundstücke gelten, soweit nicht vorher eine andere Festlegung zur Vergabe getroffen wird.*
3. *die Verbindlichkeit des Kriterienkataloges für die Vergabe der ausgeschriebenen Grundstücke.*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	5	4

TOP 7.14. Ergänzungen zur Anwendung des Kriterienkatalogs für Ausschreibungen von Grundstücken im Sanierungsgebiet

06/360

Herr Dr. Meyer zieht aufgrund der Änderungen in Top 7.13 die Beschlussvorlage zurück.

TOP 7.15. Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/407

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Kaiser bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Flächennutzungsplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in der Fassung, die er durch die bisher durchgeführten wirksamen Änderungen, eine Ergänzung und eine Berichtigung sowie durch nachrichtliche Übernahmen anderer Planungsträger erfahren hat, gemäß § 6 Abs. 6 BauGB neu bekannt zu machen.*
2. *Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss über die Neubekanntmachung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß § 6 Absatz 6 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch die Stelle anzugeben, bei der der Flächennutzungsplan in der Fassung, die er durch die Änderungen, eine Ergänzung und eine Berichtigung sowie die nachrichtlichen Übernahmen anderer Planungsträger erfahren hat (geänderte Fassung), auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist.*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	37	0	1

Ein Mitglied der Bürgerschaft war offensichtlich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 7.16. Uferstreifen zwischen Nordmole und „Utkiek“

06/390 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Kruse

. weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Alternativabstimmung handelt.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über Punkt b) des Beschlussvorschlages der Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt alternativ:

- a) *Das Angebot des Landes M-V, der UHGW das betreffende Flurstück 101/19 im Rahmen einer Vermögenszuordnung zu übertragen, anzunehmen.*
- b) *Das Angebot des Landes auf Vermögenszuordnung abzulehnen und die Unterhaltungs- und Sicherungspflicht beim Land M-V zu belassen.*

Die Verwaltung empfiehlt, das Angebot der Vermögenszuordnung nicht anzunehmen und die Unterhaltungslast beim Land M-V zu belassen.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 7.17. Familienfreundlichkeitsprüfungen

06/389 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Frau Dr. Fassbinder

. bringt die Beschlussvorlage ein.

. zieht Punkt 2 des Beschlussvorschlages zurück. Außerdem sollen die Punkte 1 und 3 getrennt abgestimmt werden.

Diskussion:

Frau Dr. Schwenke

. sagt, dass Sie in die Arbeitsgruppe integriert worden sei und berichtet kurz über den Verlauf zur Vorlage der Familienfreundlichkeitsprüfung.

. sagt, dass die Fraktion DIE LINKE den Punkten 1 und 3 zustimmen werde.

Herr Hochheim

. weist darauf hin, dass der Rahmenplan „Innenstadt und Fleischervorstadt“ kurz vor dem Abschluss sei. Daher gestalte es sich schwierig, die Familienfreundlichkeitsprüfung auf die Fortschreibung anzuwenden. Bei der Prüfung der Ortsteile auf die Familienfreundlichkeit werden die Innenstadt und die Fleischervorstadt jedoch bereits erfasst.

Frau Gömer

. sagt, dass es bei der Familienfreundlichkeitsprüfung erst einmal darum ginge, die Kriterien bestätigt zu bekommen.

Herr Spring

. teilt mit, dass er Mitglied der AG gewesen sei.

. findet es sinnvoll, die Prüfung auf die Ortsteile zu beschränken. Außerdem müsse man sich auch über die haushaltsrechtlichen Auswirkungen verständigen.

. hält es für wichtig, dass die Einbringer im Vorfeld über die Familienfreundlichkeit ihrer

Vorlage nachdenken.

Herr von Malottki

. gibt ein Feedback aus der Ortsteilvertretung Schönwalde II und Groß Schönwalde.

Herr Krüger

. fragt bezüglich Punkt 3, wie lange die Prüfung des Rahmenplans „Innenstadt und Fleischervorstadt“ auf Familienfreundlichkeit dauern würde.

Herr Kaiser

. erklärt, dass dies niemand einschätzen könne. Der Rahmenplan sei jedoch schon im Gremienlauf und solle am 16.11.2015 in der Bürgerschaft beschlossen werden. Man könne die Prüfung eventuell hinterher noch durchführen.

Frau Socher lässt über die Punkte 1 und 3 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt Handlungsempfehlungen entsprechend des Abschlussberichtes der Arbeitsgruppe „Familienfreundlichkeit“:

1. Für alle Ortsteile erfolgt bis Ende 2018 eine Prüfung der Familienfreundlichkeit.

Hierfür wird festgelegt:

Die Reihenfolge der Ortsteile legt die Familienbeauftragte in Absprache mit den Vorsitzenden der Ortsteilvertretungen fest.

Die Prüfungen erfolgen anhand der vorgelegten Prüflisten, die hiermit beschlossen werden (siehe Anlagen)

Die Prüfungen erfolgen durch die Familienbeauftragte in enger Zusammenarbeit mit der jeweiligen Ortsteilvertretung. Über die Form mit größtmöglicher Bürgerbeteiligung entscheidet die Familienbeauftragte zusammen mit der Ortsteilvertretung.

Die Vorsitzenden der Ortsteilvertretungen bringen, falls erforderlich, nach erfolgter Prüfung noch innerhalb der laufenden Bürgerschaftsperiode einen Antrag mit den Handlungsempfehlungen und erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit in die Ausschüsse und die Bürgerschaft ein.

2. Eine Familienfreundlichkeitsprüfung erfolgt zukünftig für alle Beschlussvorlagen und Fraktionsanträge. Hierfür wird festgelegt:

Hierzu wird in die Vorlage ein Feld eingefügt: „Handlungsfelder von der Familienfreundlichkeitsprüfung sind betroffen“ ja nein

Beschlussvorlagen der Verwaltung, in denen „Ja“ angekreuzt wurde, enthalten bereits bei der Einreichung eine kurze Stellungnahme zu Art und Umfang der betroffenen Kriterien bzw. Handlungsfelder sowie Handlungsempfehlungen.

Fraktionsanträge, in denen „ja“ angekreuzt wurde, enthalten in der Sachdarstellung die Information, welche Kriterien bzw. Handlungsfelder berührt werden.

Bei fristgerecht eingereichten Fraktionsanträgen legt die Verwaltung den Fraktionen mindestens 5 Werktage vor der Sitzung des Sozial-, Sport- und Jugendausschusses eine schriftliche Stellungnahme mit Handlungsempfehlungen vor. Für Vorlagen, die erst kurz vor oder in den Ausschusssitzungen eingereicht werden, liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen spätestens 5 Tage vor der Bürgerschaftssitzung vor.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Familienfreundlichkeitsprüfung auf die Fortschreibung des Rahmenplans „Innenstadt und Fleischervorstadt“ anzuwenden.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkt 1	mehrheitlich	2	4
Punkt 2	zurückgezogen		
Punkt 3	16	19	4

TOP 7.18. Bannmeile um Asylbewerberunterkünfte und Erstaufnahmestellen

06/392.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Diskussion:

Herr Dr. Steffens

. teilt mit, dass die Mehrheit der Fraktion dieser Beschlussvorlage zustimmen werde,
 . erklärt, dass er persönlich ein Problem damit habe, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes sagt, dass man dort demonstrieren dürfe, wo es um die Sache gehe.

Frau Heide

. spricht sich gegen die Beschlussvorlage aus.

Herr Madjarov

. stimmt den verfassungsrechtlichen Bedenken von Herrn Dr. Steffens, aber auch den politischen Bedenken von Frau Heide zu.
 . ergänzt, dass das Versammlungsrecht ermöglicht, Versammlungen, die sich explizit gegen Asylbewerber richten, durch Auflage von den Unterkünften fernzuhalten. Daher bestehe kein Grund für die Einrichtung einer Bannmeile.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Oberbürgermeister der UHGW setzt sich gegenüber der Landesregierung in Schwerin dafür ein, dass ein eigenständiges Versammlungsgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern erlassen wird, in dem ausdrücklich Versammlungen als Kundgebungen oder Aufzüge in der unmittelbaren Nähe, also bis zu 1 km vor Asylbewerberunterkünften bzw. Erstaufnahmestellen verboten werden. Die Föderalismusreform hat dieses Recht den Ländern zugestanden und so sollte es auch genutzt werden, um die Bewohner der jeweiligen Einrichtungen vor Pöbeleien und Bedrohungen zu schützen, zumal sie der falsche Adressat für Kritik an der hiesigen Asyl- und Einwanderungspolitik sind.

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	mehrheitlich	10

TOP 7.19. Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen bei Grundstückskäufen

06/415

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Dr. Kerath bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

Herr Hochheim

. zitiert I Ziffer 2 aus der derzeit aktuellen Förderrichtlinie und schlägt vor, diesen Punkt in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Nach kurzer Diskussion beantragt Herr Spring die Beschlussvorlage zurück in die Ausschüsse zu verweisen.

Frau Socher lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Spring abstimmen:

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	16	2

TOP 7.20. Einrichtung einer AG „Sportentwicklung“ zur Erstellung einer „Sportentwicklungskonzeption 2016-2026“

06/418

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
Frau Dr. Schwenke bringt die Beschlussvorlage ein.
 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine AG „Sportentwicklung“ einzurichten. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe soll die Erstellung einer „Sportentwicklungskonzeption 2016-26“ sein. Diese soll folgende Unterthemen aufgreifen und umsetzen:

- die Erarbeitung eines Rahmenkonzeptes „Sportliches Greifswald“ innerhalb des 1. Quartals 2016, welches Grundlagen, Bedingungen, Qualitätsmaßstäbe und eine Philosophie für ein sportliches Greifswald beinhaltet
- Vorbereitung einer Befragung zum Sportverhalten der Greifswalder Bevölkerung, in und außerhalb von Sportvereinen
- Analyse des Zustandes der kommunalen und vereinsübertragenen Sportstätten in Greifswald und Festlegung von Prioritäten für die Sanierung
- Vorschläge für mehrstufiges und bürgernahes Beteiligungsverfahren bei Fragen der Sanierung und des Neubaus von Sportstätten
- Vorschläge zur weiteren Förderung und Unterstützung der Sportvereine
- Analyse und Vorschläge für Bewegungsangebote aller Altersgruppen außerhalb des Vereinssports

Mitglieder der Arbeitsgruppe sollen u.a. sein:

- Vertreter der Verwaltung in federführender Verantwortung
- Vertreter der Bürgerschaft (Sportausschuss)
- Vertreter des Greifswalder Sportbundes
- Vertreter aus Greifswalder Sportvereinen
- Sachkundige Bürger (Greifswalder Sportwissenschaftler)

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	7

Herr Professor Dr. Treig und Frau Duschek waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal.

TOP 7.21. Keine Überlassung kommunaler oder eigenbetrieblicher Flächen an Zirkusse, die Wildtiere mitführen

06/422

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.
Frau Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

Herr Kramer

. findet den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht weitführend genug. Wenn man die Mitführung von Wildtieren untersage, dann sollte man auch die Mitführung von heimischen Tieren untersagen. Außerdem sei es die Aufgabe der Bundesregierung dahin gehend zu wirken, ein Gesetz auf Bundesebene zu schaffen.

Herr Spring

. schließt sich Herrn Kramer an.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald sowie ihre Eigenbetriebe vermieten bzw. überlassen künftig kommunale oder im Besitz der Eigenbetriebe befindliche Flächen nur noch an Zirkusbetriebe, die keine Tiere wildlebender Arten, sog. Wildtiere mitführen.

Bereits geschlossene Verträge bleiben hiervon unberührt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegebenenfalls notwendige Satzungsänderungen vorzunehmen.

Unter „Wildtieren“ sind folgende Arten zu verstehen: Affen, Greifvögel, Flamingos, Pinguine, Nashörner, Wölfe, Alligatoren, Krokodile, Bären, Elefanten, Flusspferde, Giraffen, Zebras, Großkatzen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	17	19	4

Es erfolgte kein Antrag auf eine neue Auszählung.

Die Differenz von einer Stimme hat auf den Status des Beschlusses keine Auswirkung.

TOP 7.22. Förderung der Musikfabrik zur Neubeschaffung eines Flügels

06/431 Die Beschlussvorlage wurde vom Einbringer zurückgezogen.

TOP 7.23. Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land zur Finanzierung der Theater Vorpommern GmbH für 2016 und 2017

06/450.1

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den TOP auf.

Herr Dr. König bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

Frau Dr. Brüß

. stellt eine Änderung in der Anlage der Beschlussvorlage vor.

Herr Rodatos

. bringt einen Änderungsantrag ein.

Herr Dr. Rose

. sieht die Zielvereinbarung als eine Verschlechterung für das Ensemble, für die Mitarbeiter des Theater und für das Publikum.

. spricht sich dafür aus, die Leistungsvereinbarung ununterschieden zurückzuschicken.

. zitiert aus der Zielvereinbarung.

. plädiert dafür, der Zielvereinbarung nicht zuzustimmen.

Frau Heinrich

. schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Rose an.

. spricht sich gegen die Zielvereinbarung aus.

Frau Berger

. erklärt, dass es nach der Zustimmung zur Zielvereinbarung weniger Theater für mehr Geld geben werde.

. geht auf die finanziellen Aspekte der Zielvereinbarung ein.

. plädiert dafür, der Zielvereinbarung nicht zuzustimmen.

Frau Heide

. schlägt vor, die Zielvereinbarung nur unter einigen Bedingungen anzunehmen.

. wirbt dafür, eine stärkere kommunale Vertretung in den Arbeitsgruppen auf Landesebene einzufordern.

. plädiert dafür, der Zielvereinbarung zuzustimmen.

Herr Rodatos

. fasst in drei Punkten zusammen, warum seiner Meinung nach, der Weg des Staatstheaters Nordost nicht der richtige Weg sein könne:

- Finanzen
Er geht auf mehrere ungedeckte Schecks ein.
- Vertrauen
Bisher sei der Ablauf der Verhandlungen folgendermaßen gewesen:
 - o in der Kommune wurde diskutiert
 - o die Gedanken wurden dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur vorgelegt
 - o das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat diese zur Kenntnis genommen, aber nicht berücksichtigt
 Die Zusammenarbeit auf Augenhöhe stelle sich als schwierig heraus.
- Entscheidungskompetenzen
Das Land wolle als Mehrheitsgesellschafter ins Staatstheater Nordost einsteigen. Alle Entscheidungen würden vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur getroffen werden.

Frau Dr. Brüß

. erklärt, dass der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte mit der FAG – Novellierung beabsichtige, aus seiner Gesellschafterfunktion auszusteigen und künftig als reiner Zuschussgeber aufzutreten.
. sagt, dass alle Zahlen aus den Anlagen laut Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur überprüft werden müssen.

Herr Rodatos

. teilt mit, dass es eine Anlage 3 zur Beschlussfassung in Neubrandenburg gebe. Hierbei handelt es sich um eine Protokoll, welches der Stadt zur Verfügung gestellt werde. Es beinhalte eine Reihe von Bedingungen, die entweder als verhandelt, noch zu verhandeln oder derzeit nicht umsetzbar gelten. Dazu führe die Verwaltung der Stadt Neubrandenburg auf, dass der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte seinen jährlichen Finanzierungsbeitrag bis zu einer Änderung der FAG – Novellierung aufrecht halte. Es werde zu 40 % dem Standort Neustrelitz und zu 60 % dem Standort Neubrandenburg zugerechnet. Die FAG – Novellierung sei für 2018 vorgesehen.

Frau Socher

. ergänzt, dass sie mit der Präsidentin aus Neubrandenburg gesprochen habe und sie ihr gesagt habe, dass sie weiterhin an der Finanzierung festhalten werden, aber der Umfang noch nicht feststehe.

Herr Dr. König beantragt das Rederecht für Herrn Löschner.

Frau Socher lässt über das Rederecht abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 1	Enthaltungen 2
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

Herr Dr. Rose

. sagt, dass in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen und des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur gesagt worden sei, dass man die Zielvereinbarung nicht ablehnen könne, da man eine Verantwortung gegenüber der Mitarbeiter im Theater habe. Die Streichung der Stellen käme jedoch vom Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur und wenn die Kommune sich dagegen ausspreche, sei das Land sozial verantwortlich gegenüber den Mitarbeitern.

Herr Löschner, Intendant und Geschäftsführer des Theaters in Greifswald

. geht auf das Problem der Zusammenarbeit ein. Durch die Fusion der Theater aus Greifswald und Stralsund habe man erreicht, dass das ein Angebot in den Sparten, in denen das Theater heute arbeitet, überhaupt noch existiere. Auch damals sei diese Fusion wohl kaum ohne Druck durch das Ministerium erfolgt. Auch damals hingen viele menschliche Schicksale an dieser Entscheidung.

. erklärt, dass seit Mitte des Jahres 2012 das METRUM-Gutachten vorliege. Seit Anfang 2012 bestehe ein Haustarifvertrag, der bis Ende 2016 laufe. Es war klar, dass danach eine Lösung benötigt werde.

Ob es eine Zukunft sein kann, die mehr bewahrt als es zerstört. Diese Frage könne niemand mit absoluter Sicherheit beantworten. Aktuell sei es jedoch die einzige Variante, die die Chance habe, etwas von dem zu bewahren, was derzeit existiere ohne sehr viel mehr kommunales Geld zu investieren. Eine andere Variante liege nicht vor.

. spricht sich dafür aus, das Angebot des Landes anzunehmen, um so viel Stadttheater wie möglich, zu retten.

Frau Berger

. macht auf das alternative Städtetheater-Modell aufmerksam.

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag (Punkte 1-4 en bloc und Punkt 5 einzeln) abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Änderungen zur Beschlussvorlage unter Drucksachenummer 06/450.1:

- 1) Der Ziffer 1 wird folgende Präambel vorangestellt:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bedauert die bislang im Prozess zur Bildung einer gemeinsamen Theater- und Orchesterstruktur von inhaltlichen und terminlichen Vorgaben geprägte Vorgehensweise des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V. Als Voraussetzung für weitere Verhandlungen hält die Bürgerschaft einen auf Augenhöhe, Offenheit und Fairness basierenden Umgang miteinander für unerlässlich.“

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bürgerschaft folgende Punkte:“

- 2) In Ziffer 3 des Beschlussvorschlages werden nach dem Wort „anzunehmen“ die Wörter „- unter der Bedingung, dass das Land sich auch zur Übernahme des in der Anlage 1 zur Zielvereinbarung als „zusätzlicher Zuschussbedarf strukturell (bisher ungedeckt)“ bezeichneten Fehlbetrages in Höhe von 1,4 Mio. Euro bereit erklärt -“ eingefügt.
- 3) In Satz 1 der Ziffer 4 werden die Wörter „und deren Dynamisierung“ gestrichen.
- 4) In Ziffer 4 der Beschlussvorlage werden nach Satz 1 folgende Sätze eingefügt:

„Es ist ein System differenzierter Dynamisierungsraten zwischen den kommunalen Gesellschaftern zu verhandeln, das so lange aufrecht erhalten wird, bis sich die bislang unterschiedlichen direkten und indirekten Zuschusshöhen in einem gerechten Verhältnis zum Spielplanangebot, der Mitarbeiterzahl etc. am jeweiligen Standort stehen.“

- 5) Es wird eine neue Ziffer 5 eingefügt:

„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fordert abermals eine Öffnung der zu gründenden Arbeitsgruppen und eine Beteiligung der kommunalen Vertretungen durch die Einbeziehung der jeweiligen Kulturausschüsse an den in den Zielvereinbarung benannten Arbeitsgruppen.“

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Punkte 1-4 mehrheitlich		1	6
Punkt 5	18	12	6

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1.
Die Zielvereinbarung des Landes mit Stand vom 24. Juli 2015 wird zur Kenntnis genommen.
2.
Die Bürgerschaft stellt fest, dass die beschlossenen Forderungen gemäß Beschluss B155-06/15 vom 13. April 2015 im Wesentlichen keine Berücksichtigung bei der Erstellung des Angebotes des Landes fanden.
3.
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit den beiden anderen Gesellschaftern der Theater Vorpommern GmbH, das Angebot des Landes anzunehmen und vorbehaltlich der Zustimmung aller Vertragsparteien zu unterzeichnen.
4.
Die Forderung bei der Gestaltung der neuen Gesellschaft „Staatstheater Nordost“ nach einer ausgewogenen und gerechten Verteilung des Spielplanes auf die Theaterstandorte, entsprechend ihrer Förderung und deren Dynamisierung, angemessen zu berücksichtigen, ist im Rahmen der Fusionsverhandlungen weiter umzusetzen. Des Weiteren sind die im Rahmen der anstehenden Fusionsverhandlungen in den Arbeitsgruppen sowie der Projektsteuergruppe die mit Beschluss B155-06/15 vom 13. April 2015 getroffenen Bedingungen weiter zu verfolgen und zu verhandeln.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	24	16	0

Es erfolgte kein Antrag auf eine neue Auszählung.

Die Differenz von einer Stimme hat auf den Status des Beschlusses keine Auswirkung.

TOP 8. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Herr Wille

. erklärt, dass im letzten Jahr der Beschluss gefasst wurde, eine provisorische Toilettenanlage an der Klosterruine Eldena zu errichten. Es gebe ein Kostenlimit von 42 TEUR. Durch Planungen habe man festgestellt, dass man die Toilettenanlage nicht unter 70 TEUR errichten könne. Daher habe man das Projekt vorerst angehalten.

TOP 9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Dr. Meyer

. fragt, ob die Stadt an den Gesprächen bezüglich der in der Ostsee-Zeitung angegebenen Vorwürfe gegenüber Herrn Al Najjar beteiligt sei und ob die Stadt bestätigen könne, dass die Vorwürfe fast vollständig entkräftet worden seien.

Herr Dr. König

. antwortet, dass der Fall nun der Kreisverwaltung vorliege und diese dabei seien, die Thematik Fall zu klären.

Herr von Malottki

. habe durch die Presse erfahren, dass durch das Wasser- und Schifffahrtsamt im Hafen Ladebow eine Beschränkung für größere Schiffe auferlegt worden sei.

. fragt, ob das richtig sei und ob dies größere Auswirkungen auf die weitere Entwicklung des Hafens Ladebow habe.

Herr Hochheim

. sagt, dass derzeit ein Brief für das Wasser- und Schifffahrtsamt erarbeitet werde, in dem verschiedene Forderungen aufgemacht werden. Zum einen solle die ursprünglich zugesagte Seetiefe wiederhergestellt werden und zum anderen solle eine Herausgabe von Peilplänen stattfinden, auf die sich das Wasser- und Schifffahrtsamt bezieht. Man

gehe davon aus, dass das Wasser- und Schifffahrtsamt nach der Intervention von HanseYachts und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald möglicherweise diese Baggerung forcieren. Sollte das nicht der Fall sein, könne man sich auf den Vertrag mit dem derzeitigen Betreiber und Pächter des Hafens berufen. Er müsse dann auf eigene Kosten die Ausbaggerung vornehmen, was zu Lasten der Hafengebühren fallen werde. Diese würden dann für einige Zeit wegfallen.

Herr Lange

. fragt, ob die Verwaltung im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung Informationen darüber geben könne, warum man den Deich in Wieck zur Sturmsaison entfernt habe.

Dies wird bejaht.

Herr Multhaus fragt,

- . wie es mit dem Stadtarchiv weiter gehe.
- . wie der Stand der Umsetzung des Beschlusses zur Erwin-Fischer-Schule sei.
- . fordert, die Vorstellung des Quartalsberichtes.

Herr Hochheim

. sagt, dass die Mitglieder des Hauptausschusses wussten, dass die Verwaltung eine Beschlussvorlage zur Rückversicherung mit der Bürgerschaft vorbereitet hatte, welches Verfahren aus Sicht der Bürgerschaft das Praktikablere sei. Die Verwaltung habe darauf hingewiesen, dass es bei der Umsetzung des Entwurfes des Erstplatzierten bei der späteren Realisierung des B-Planes Probleme geben könnte. Die Mitglieder des Hauptausschusses hätten diese Vorlage jedoch nicht in die Bürgerschaft delegiert. Der Oberbürgermeister habe zwischenzeitlich eine Entscheidung getroffen, die besagt, dass nur mit dem Zweit- und Drittplatzierten weiter verhandelt werde. Der Erstplatzierte habe mitgeteilt, dass er auch in dieses Verfahren miteinbezogen werden möchte und ansonsten die Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens bei der Vergabekammer einzuleiten gedenkt. Die Verwaltung gehe davon aus, dass die Prüfung vier bis sechs Wochen andauern könne, wenn es nicht noch gerichtsanhängig werde.

Die Verwaltung vermute, dass die Planungen nun mit den Entwürfen des Zweit- und Drittplatzierten fortgesetzt werden. Zudem müssen auch Unterlagen bei POMERANIA eingereicht werden, um Fördermittel zu beantragen.

. erklärt zur Erwin-Fischer-Schule, dass die Vorlage vorsehe, eine Arbeitsgemeinschaft mit der Umsetzung des Projektes zu beauftragen. Die Verwaltung gehe davon aus, die Beauftragung zeitnah nach Anhörung in der Bürgerschaft umzusetzen. Bis dato liege jedoch noch keine Bestätigung der Finanzierung vor.

Herr Krüger

. geht auf das Volksstadion ein und bittet um Berichterstattung über die bisherige und weitere Vorgehensweise.

Herr Hochheim

. sagt, dass die Bürgerschaft die Verwaltung beauftragt habe, ein Konzept in Abstimmung mit den Vereinen zu entwerfen, welches haushaltsneutral ist. Auch für dieses Projekt sei ein Antrag auf EFRE-Förderung eingereicht worden. Derzeit sehe es nicht so aus, als würde man zeitnah eine Förderung dieses Projektes erhalten. In Übereinstimmung mit den Vereinen plane man, einen Teil der ehemaligen Gaststätte zu vier Umkleidekabinen umzugestalten. Die Aufwendungen dafür würden sich auf 15 TEUR belaufen. Für die Restfläche habe der Greifswalder FC e.V. (GFC) Verwendungsmöglichkeiten avisiert. Derzeit führe man Gespräche darüber, wie die Mietkonditionen aussehen könnten.

Herr Jochens

. geht auf die Wassertiefen ein. Wenn der Hafen Ladebow ausgebaggert werde, kämen dennoch keine größeren Schiffe hinein, da die Wassertiefe vor dem Hafen nicht

angepasst werde.

Herr Dr. Kerath

- . bezieht sich auf das Antwortschreiben von Herrn Minister Glawe bezüglich der Mietpreisbremse.
- . fragt, ob das Schreiben mittlerweile beantwortet worden sei.

Herr Hochheim

- . antwortet, dass der Entwurf gegenwärtig vorliege. Man wolle Herrn Minister Glawe signalisieren, dass die Verwaltung aufgrund des Umstandes, dass die Verwaltung verschiedene Daten noch nach erheben müsse, vor November mit einer tatsächlichen Beantwortung seiner Anfrage nicht rechnen können und ihm dann zu diesem Zeitpunkt die Unterlagen zu leiten wollen.

Herr Multhauf

- . erinnert sich an das Schreiben zum ISEK-Papier, in welchem die Mittel für die Erwin-Fischer-Schule zugesichert worden seien.
- . fragt, ob dies keine feste Zusage sei und wenn dies so sei, was unternommen werde, damit das handfest von Schwerin bestätigt werde.

Herr Hochheim

- . sagt, dass es schwierig sei, feste Zusagen zu bekommen, für Projekte, die noch nicht beantragt worden. Die ursprüngliche Aussage, dass das Projekt Erwin-Fischer-Schule nur realisiert werden könne, wenn der Hansering unberücksichtigt bliebe, sei nicht mehr aktuell. Die Vorsprache im Ministerium habe bewirkt, dass mündlich zugesagt worden sei, dass das Projekt Erwin-Fischer-Schule – so wie beantragt – durchgeführt werden könne und das auch ohne Verzicht auf das Projekt Hansering.

TOP 10. Mitteilungen der Präsidentin

Frau Socher teilt mit, dass

- der Sitzungskalender abgestimmt und bestätigt ist.
- es Änderung im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend seitens des Seniorenbeirates gebe. Für Frau Sitterlee werde Frau Hamann entsandt.
- die konstituierende Sitzung der AG „Bezahlbarer Wohnraum“ stattgefunden habe.

TOP 11. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:40 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Anlagen:

- Rede der Präsidentin der Bürgerschaft zur Verabschiedung des Oberbürgermeisters